

# Verwaltete Prostitution

von *Theodora Becker*



**Titel** Sex, Drugs & Control

**Untertitel** Das Regieren von Sexarbeit in der neoliberalen Stadt

**Autor(en)** Jenny Künkel

**Land** Deutschland

**Erschienen** Münster 2020: Westfälisches Dampfboot

**Umfang** 342 S.

**Preis** EUR 33,00

**ISBN** 978-3-89691-261-9

## Rezension zu "Sex, Drugs & Control. Das Regieren von Sexarbeit in der neoliberalen Stadt" von Jenny Künkel

Prostituierte sind ein unverzichtbares Element der bürgerlichen Gesellschaft, das Heerscharen von Experten, Spezialisten und Kümmerern beschäftigt und deren Leben Sinn und Finanzierung beschert. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Prostituierten, die damals wahlweise als „gefallene Mädchen“ oder gemeingefährliche Verbrecherinnen galten, als dankbare Objekte wohlmeinenden

zivilgesellschaftlichen Engagements und medizinischer Gängelung sowie als Gegenstand allerhand öffentlicher und akademischer Expertendiskurse und prinzipieller moralischer Debatten entdeckt – zusätzlich zu ihrer polizeilichen Überwachung und Kriminalisierung. Die bürgerlichen Frauenbewegungen ab dem späten 19. Jahrhundert waren dabei mit an vorderster Front und fanden ein neues Betätigungsfeld darin, Proletariermädchen zu bürgerlicher Keuschheit und Sittlichkeit zu erziehen. Bis heute sind die Prostituierten Objekte von Verwaltung, moralischen Appellen, Rettungsbemühungen und Strafen, auch wenn sich die Rhetorik geändert hat.

All die private und berufliche, öffentliche und offizielle Beschäftigung mit dem „Problem Prostitution“ sorgt jedoch vor allem für eines, nämlich historische Kontinuität. Trotz aller Bemühungen um seine Austrocknung ist der Prostitutionsmarkt relativ stabil und unbeeindruckt von gesellschaftlichen Debatten. Die Prostitutionsexpertenindustrie sorgt selbst dafür, dass alles so bleibt, wie es ist: Das Elend wird verwaltet, die prekäre Lage der Prostituierten reproduziert, der Gewinn der Bordellunternehmer gesichert und die räumliche Ordnung der sichtbaren Prostitution bleibt bestehen. Exzesse werden moderiert und gelegentlich eingedämmt. Auch moralisch aufgeladene Debatten unter Feministinnen führen eher dazu, die Geschäftsgrundlage der Prostitution zu stabilisieren als sie zu untergraben, ist doch die laut proklamierte Unmoral des Geschäfts – sei es wegen der praktizierten Promiskuität, der Öffentlichkeit des Sex' oder weil dort „Frauen gekauft“ würden – für jenes in seiner langen Geschichte nie hinderlich gewesen, sondern vielmehr dessen Basis.

Bedrohlich – zumindest für die Preisentwicklung – wäre eher die Normalisierung und allgemeine Akzeptanz der Prostitution als einer „Arbeit wie jede andere auch“, mit allem, was das gesellschaftlich implizierte. Indizien für einen gewissen Preisverfall in den letzten Jahrzehnten gibt es, wissenschaftliche Untersuchungen dazu fehlen jedoch, so dass kaum abzuschätzen ist, wie sich dieser Markt in welchen Segmenten tatsächlich entwickelt. Der Preis im Lustgewerbe bildet sich nicht nach dem Marx'schen Wertgesetz – also abhängig von der zur Herstellung einer Ware gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit –, sondern wird, neben den gesellschaftlichen Ansichten zur Sexualität, vor allem durch Angebot und Nachfrage geregelt. Folglich reagiert er etwa auf ökonomische Krisen und Migrationsbewegungen sowie politische Entscheidungen, die diese beeinflussen. Nicht unwichtig ist hierbei, dass auch Prostitutionspolitik auf die Preise einwirkt. Das Ausmaß der polizeilichen Repression etwa bestimmt den Preis mit. Und mit der Einrichtung von Sperrgebieten haben Städte und Kommunen Monopolstrukturen herbeigeführt, die die Preise für Zimmermieten und in der Folge für sexuelle Dienstleistungen hoch halten.

Dieser letzte ist nur einer von vielen interessanten Punkten, die in Jenny Künkels Buch „Sex, Drugs & Control“ zwar eher am Rande angesprochen werden, die Dissertation aber zu einer Fundgrube auch für weniger prominente Aspekte der Ökonomie und Politik der Prostitution machen – wenn man über die teils

trockeneren, den heutigen Gepflogenheiten in den Geisteswissenschaften geschuldeten Passagen vor allem in den ersten vier, dem Forschungsstand, den Methoden und dem „theoretischen Rahmen“ der Arbeit gewidmeten Kapiteln, hinwegzulesen vermag.

Künkels Thema ist „das Regieren von Sexarbeit in der neoliberalen Stadt“, so der Untertitel des im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienenen Buches. Einleitend erläutert sie den theoretischen Rahmen, auf den sie ihre Untersuchung stützt. Demnach greift sie auf dreierlei „kritische“ Theorietraditionen zurück, deren begriffliche Grundlagen nicht ohne Weiteres miteinander kompatibel sind. Künkel geht jedoch davon aus, dass es zwischen poststrukturalistischen und marxistischen Theorien sowie neueren Ansätzen, die mit dem (auf Deleuze und Guattari zurückgehenden) Begriff „assemblage“ oder unter dem Schlagwort „new materialism“ operieren, einen „impliziten theorieübergreifenden Konsens“ (S. 89) bezüglich der Analyse neoliberaler Politik und Ökonomie gebe. Anstatt am exklusiven Wahrheitsanspruch einer dieser Theorien festzuhalten, sei es sinnvoller, von der „Co-Produktion von Theorien durch Kritik“ (S. 86) auszugehen, um die „Aufmerksamkeit auf theorieübergreifende Schärfungen von Analyseperspektiven durch interne und externe Kritik“ (S. 89) zu lenken. Zwar bekennt Künkel sich zu einem „marxistischen Bias“ (S. 85), dieser schlägt sich aber begrifflich nur gelegentlich nieder. Was sie als Gemeinsamkeiten der verschiedenen Theorien herausarbeitet, sind letztlich eher abstrakte Gemeinplätze: Gesellschaftliche Strukturen versteht sie als materiell-ökonomisch bedingt, zugleich aber als „Ergebnis sozialer Kämpfe“ und daher „historisch offen“ und „prozesshaft“ (S. 91); Subjekte seien weder gänzlich determiniert noch gänzlich autonom; der „menschliche Zugriff auf Materie“ sei einerseits „durch Sprache, Denken und Wahrnehmung“ vermittelt, andererseits müsse die „Bedeutung materieller und nicht zuletzt kollektiver Praktiken“ (S. 93) berücksichtigt werden; die „Agency“ „extrem marginalisierter Gruppen“, deren „unkoordinierte Normbrüche [...] hegemoniale Verhältnisse unterwandern können, aber nicht müssen“ (S. 95), dürfe weder überschätzt, noch ignoriert werden. Die Lektüre des obligatorischen Überblicks zum Forschungsstand und zum theoretischen Rahmen, der immerhin fast hundert Seiten umfasst, ist wegen seiner (für die heutige akademische Soziologie typischen) Jargonhaftigkeit und der unzähligen Literaturverweise in amerikanischer Zitierweise recht ermüdend und in weiten Teilen für die empirische Studie selbst nicht besonders erhellend. Deren Material und Ergebnisse können weitgehend unabhängig von diesen Überlegungen verstanden werden und sind vermutlich für Anhänger aller der genannten Theorien nutzbar.

Interessant wird es immer dann, wenn es inhaltlich wird. So ist Künkels Zusammenstellung zum ambivalenten Verhältnis von Prostitutions- und Neoliberalismuskurs prägnant und aufschlussreich. Sexarbeit wird demnach einerseits auf eine Weise beschrieben, die Marktliberalen feuchte Träume bereiten dürfte: Sie ist arbeitsrechtlich kaum reguliert und wird häufig in einer Art Scheinselbständigkeit ausgeübt. Zudem scheint sie sich zunehmend in einen neoliberalen Markt der „Sexualitäten“ zu fügen, der die „postfordistischen

Anforderungen an Flexibilität und Mobilität“ bedient und der steigenden „Akzeptanz temporärer, selbstbezogener Arrangements“ (S. 54) entspricht. Andererseits aber zeigt Künkel auf, dass neoliberale Forderungen nach mehr „Marktrationalität, Wettbewerb, Effizienz und Profitabilität“ (S. 54) aus dem Prostitutionsdiskurs weitgehend ausgeschlossen bleiben, weil dieser stark von moralischen Wertungen bestimmt ist. Sexualität wird vielmehr, vor allem von Positionen, die die Prostitution als „Frauenhandel“ auffassen, als eine Art „letzte Grenze“ (S. 55) der Marktlogik postuliert, deren Überschreitung in der Prostitution – und tendenziell *nur* in der Prostitution – dringend rückgängig zu machen sei. Gerade diese Positionen leisten aber der Marktlogik Vorschub, indem sie die sozialen Rahmenbedingungen von Prostitution und deren Zusammenhang mit kapitalistischer Arbeitsausbeutung vollständig verleugnen.

Einen Abschnitt widmet Künkel auch der Frage, was unter dem „schlüpfrigen Konzept“ (S. 83) Neoliberalismus, das in der Literatur äußerst heterogen verwendet und selten klar definiert wird, eigentlich zu verstehen sei. Sie selbst fasst den Begriff recht allgemein und nicht unbedingt klar unterschieden von klassischem Marktliberalismus als „Klassenkampf von oben“: als ein mehr oder weniger stringent betriebenes „politisches Projekt der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und der Mehrwertaneignung zugunsten von nicht zuletzt qua Klasse privilegierten Gruppen durch Ausweitung von Markt-, Wettbewerbs-, Selbstoptimierungs- und Austeritätslogiken“ (S. 103). Dieses Verständnis legt sie ihrer Untersuchung von „Prostitutionsregimen“ im Neoliberalismus zugrunde.

Künkels konkrete Forschungsfrage lautet, ob und inwiefern das neoliberale Paradigma der Politik, das in Deutschland erst vergleichsweise spät, gegen Ende der 1990er-Jahre hegemonial wurde, dazu geführt hat, dass die öffentlich sichtbare Prostitution, insbesondere die Straßenprostitution, stärker als zuvor aus den Stadtzentren verdrängt wurde, was die bisherige stadtsoziologische Forschung nahelege. Dabei spielen auf kommunaler und städtischer Ebene insbesondere folgende Elemente neoliberaler politischer Ausrichtung eine Rolle: das Austeritätsdogma der öffentlichen Hand, Privatisierungen kommunalen und städtischen Eigentums, die Orientierung städtischer Politik an ökonomischer Standortkonkurrenz und touristischer Attraktivität, sowie die Unterstützung von Prozessen der Gentrifizierung und „Aufwertung“, die gerade innerstädtische Bezirke, in denen traditionell Prostitution stattfindet, betreffen. So wie in vielen Städten weltweit Betteln, Drogen- und Alkoholkonsum oder sichtbare Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum kriminalisiert und mit repressiven Mitteln bekämpft wurden, so scheint auch die Prostitution dort einem verstärkten „Verdrängungsdruck“ ausgesetzt, wo die Wohn- und Gewerbemieten steigen und Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Doch eine ausschließliche Beschäftigung mit Mechanismen der Verdrängung erscheint Künkel zu stark vereinfachend. Ihr geht es darum, die vielschichtigen „Aushandlungsprozesse“ darzustellen, die auf lokaler Ebene die Verwaltung der (sichtbaren) Prostitution prägen. Insbesondere interessiert sie sich für Faktoren,

die lokale „Prostitutionsregime“ relativ stabil machen, also Mechanismen der Einhegung, Integration und alltäglichen Verwaltung. Diesen Techniken des „Regierens der Sexarbeit“ geht Künkel im Detail anhand der Analyse von fünf Quartieren in drei Städten nach (Berlin: Straßenstriche an der Kurfürstenstraße und an der Oranienburger Straße, Hamburg: der Straßenstich auf St. Georg und das Rotlichtviertel St. Pauli, Frankfurt am Main: das Bahnhofsviertel). Diesen ist jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet, in dem Künkel die an der lokalen Verwaltung und diskursiven Bearbeitung von Prostitution beteiligten Institutionen und Akteure vorstellt und deren Handeln umfassend und kleinteilig analysiert. Dabei untersucht sie mittels Interviews, teilnehmender Beobachtung und Medienanalyse schwerpunktmäßig die Diskurse und Entwicklungen der 2000er-Jahre, geht aber in der Darstellung in beide Richtungen über diesen Zeitraum hinaus, um auch größere Veränderungsprozesse in den Blick zu bekommen. So bietet das Buch auch einen kenntnisreichen Überblick über die Historie der Prostitutionsverwaltung in den letzten fünfzig bis siebzig Jahren, sowohl in Bezug auf die jeweiligen Quartiere als auch die Städte als Ganze. Die Darstellung bezieht eine Vielzahl von Regelungen und Akteuren mit ein: bundes- und landesgesetzliche Regelungen wie das Infektionsschutzgesetz (2001), das Prostitutionsgesetz (2002) und das Prostituiertenschutzgesetz (2017), aber auch Polizeigesetze und steuerliche Regelungen, kommunale Direktiven, Verwaltungsakte und Politikentscheidungen wie etwa Sperrgebietsverordnungen, Bebauungs- und Stadtentwicklungspläne. Auf Seiten der Akteure wird das Agieren von Polizei und Ordnungsbehörden gegenüber Drogenszenen und dem Straßenstrich, aber auch ihr Umgang mit beschwerdeführenden Anwohnern ebenso beleuchtet wie die Positionierung von Einrichtungen und Akteuren der sozialen Arbeit (Gesundheitsämter, Beratungsstellen, Streetwork) und die sich in lokalen Initiativen artikulierenden Interessen von Bürgern, Anwohnern und Gewerbetreibenden. Teilweise thematisiert Künkel auch die Verteilung des Immobilienbesitzes in den untersuchten Gebieten. Besondere Aufmerksamkeit widmet sie den Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Ebenen und Prozessen sowie der Abhängigkeit der politischen Entscheidungen von lokalen Netzwerken und Gremien, die sich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung und Einbindung in lokale Politikentscheidungen stark voneinander unterscheiden können.

Künkel konstatiert, dass ein verstärkter Verdrängungsdruck zwar existiert, aber durch andere Faktoren aufgewogen oder in Schach gehalten wird. Ein wichtiger Faktor ist der durchgreifende Erfolg der Gentrifizierung selbst, denn dadurch fehlt es an städtischen Räumen, in die Prostitution oder Drogenszenen verdrängt werden könnten – sie wären andernorts nicht weniger unwillkommen. Ein weiterer stabilisierender Faktor, der schon wesentlich länger wirksam ist, ist das Interesse von Polizei und Ordnungsbehörden an einer möglichst räumlich klar umgrenzten und *sichtbaren* Prostitution, die so besser kontrollierbar und für disziplinierende Maßnahmen zugänglich ist. Dazu kommen die an den historisch gewachsenen Prostitutionsorten (in allen fünf untersuchten Quartieren hat Prostitution schon seit vielen Jahrzehnten oder gar länger einen festen Platz) ansässigen Einrichtungen der sozialen Arbeit. Sie treten zum Teil als Fürsprecher „ihrer Klientel“ auf und setzen dem ökonomischen ein fürsorgliches und auf Hilfeleistung ausgerichtetes

## Paradigma entgegen.

Auch die stadtpolitische Ausrichtung am Profitinteresse spricht nicht nur gegen die Prostitution, da mit dieser – auch dank der erwähnten Monopolbildung durch eng begrenzte Toleranzonen – mitunter sehr hohe Gewerbesteuern erzielt werden können. Insbesondere auf St. Pauli ist die Prostitution inzwischen eine vom Hamburger Stadtmarketing offiziell beworbene Touristenattraktion, die als bedeutender Standortfaktor gesehen wird. Zudem hebt Künkel hervor, dass die verschiedensten lokalen Bemühungen um eine Beseitigung, Verkleinerung, zeitliche Einschränkung oder Reduktion der störenden „Begleiterscheinungen“ von insbesondere von Migrantinnen und Drogennutzerinnen genutzten Straßenstrichen durch die neoliberale Politik selbst konterkariert werden: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Rückbau von gewerkschaftlich erkämpften Arbeitsstandards und Tariflöhnen, steigende Mieten und die EU-weite Öffnung der Arbeits- und Dienstleistungsmärkte bei Abwesenheit eines europäischen Mindestlohnes tragen dazu bei, Armut und prekäre Beschäftigung zu befördern und verschaffen damit auch den Prostitutionsmärkten konstanten Zulauf. Straf- und Ordnungsrecht, Bußgelder und Platzverweise, Identitätsfeststellungen und Kontrollen – all die schönen Mittel, die Staat und Polizei im Angebot haben, um diejenigen zu maßregeln, die sich der kapitalistischen Ordnung nicht fügen oder von ihr ausgesperrt wurden – helfen aber kaum bei der Bekämpfung von Praktiken, die, wie es im Soziologensjargon heißt, ein „coping mit Armut“ darstellen. Man kann der Prostituierten ein Bußgeld erteilen und sie des Ortes verweisen; der hauptsächliche Erfolg ist, dass sie am nächsten Tag nicht nur ihren üblichen Lebensunterhalt, sondern zusätzlich die staatlich erhobenen Standkosten einflicken muss. Solche Maßnahmen sind also letztlich eher unter Förderung als unter Bekämpfung von Prostitution zu verbuchen. Eine gewisse Frustration angesichts der Sinnlosigkeit dieser alltäglichen Katz-und-Maus-Spiele äußern auch verschiedene Polizeibeamte, die in Künkels Studie zu Wort kommen.

Augenfällig wird in Künkels Untersuchung gerade angesichts der Vielzahl an Akteuren, die in der lokalen Verwaltung der Prostitution und der Prostituierten mitmischen, dass eine Gruppe dabei fast vollständig fehlt: die Prostituierten selbst. Deren Position findet in den öffentlichen Diskurs und lokalpolitische Entscheidungen nur insofern Eingang, als sie Objekt paternalistischer Fürsorge sind, weil Einrichtungen der sozialen Arbeit bemüht sind, für sie einzutreten. Ihre politische „Agency“ beschränkt sich weitgehend darauf, ihren Platz zu behaupten, gegebenenfalls Verbote zu ignorieren und mit Kontrollen und Bußgeldbescheiden umzugehen. Die relative Irrelevanz der immerhin schon seit den 80er-Jahren existierenden und medial durchaus präsenten Sexarbeitsbewegung auf lokaler Ebene hat mehrere Ursachen, die Künkel durchaus auch als Kritik an der Bewegung formuliert. Zum einen zielt die Arbeit der meisten dieser Organisationen auf die Bundespolitik, es existieren kaum politische Zusammenschlüsse von Sexarbeiterinnen, die in einem bestimmten Gebiet arbeiten. Das hängt wiederum damit zusammen, dass die Sexarbeitsorganisationen kaum gewerkschaftlich orientiert sind, sich also weniger um konkrete Arbeitsbedingungen und

Arbeitsrechte kümmern, sondern ihren Fokus vielmehr auf die Abwehr von Repression, Verboten, Stigmatisierung und Diskriminierung durch staatliche Stellen legen, also eine tendenziell liberale Ausrichtung haben. Ihre Forderungen richten sich eher auf den Abbau von (diskriminierenden) Regulierungen als auf die Etablierung von Maßnahmen, die dem Schutz ihrer Rechte als Arbeiterinnen dienen. Das resultiert nicht zuletzt aus der Erfahrung, dass staatlicher „Schutz“ zumeist mit repressiven Maßnahmen gegen Sexarbeitende einhergeht, wie das 2016 verabschiedete „Prostituiertenschutzgesetz“, das unter anderem eine behördliche Anmelde- und Beratungspflicht für Prostituierte festschreibt, erneut unter Beweis stellte. Schließlich sind diese Organisationen seit einigen Jahren stark in der Defensive, denn sie sind hauptsächlich damit beschäftigt, Forderungen nach einer *stärkeren* Kriminalisierung abzuwehren. Das gilt insbesondere für die strafrechtliche Verfolgung der Nachfrage von sexuellen Dienstleistungen entsprechend dem sogenannten „Schwedischen Modell“, die besonders prominent von bestimmten feministischen Fraktionen gefordert wird. Somit verteidigen die Sexarbeitsorganisationen eher einen unbefriedigenden Status quo als weitergehende Forderungen zu stellen und diese politisch voranzutreiben.

Die Bilanz, die Künkel in Bezug auf die Auswirkungen der neoliberalen Stadtpolitik auf die Prostitution zieht, fällt folglich ambivalent aus: Einem verstärkten Verdrängungsdruck ist ihrer Feststellung nach eher die prekäre, niedrigpreisige Prostitution auf der Straße ausgesetzt. Das gilt insbesondere für die mit der EU-Osterweiterung 2007 stark angewachsene Prostitution von Migrantinnen aus den am stärksten marginalisierten Schichten und Minderheiten Bulgariens und Rumäniens und die Beschaffungsprostitution von Drogenabhängigen. Diesem Druck entgegen wirken allerdings die „Logiken der Fürsorge“, die aus der langen Historie der Auffassung von Prostitution nicht als Lohnarbeit, sondern als sozialem Problem herkommen und die sich in der Arbeit von sozialen Einrichtungen und teilweise auch von Behörden niedergeschlagen haben. Diese Einrichtungen sind aber auch Teil der Verwaltung und Einhegung der Prostitution, indem sie disziplinierend und erzieherisch auf die Prostituierten einwirken, teilweise in Zusammenarbeit mit der Polizei. Im Ergebnis sind die Erfolge derer, denen die Prostitution ein Dorn im Auge ist, zumeist eher symbolischer Art und ermöglichen eine Befriedung des sozialen Konflikts unter Beibehaltung des Status quo. Ein Beispiel für einen solchen Erfolg ist die zeitweise Sperrung einer Nebenstraße der Kurfürstenstraße in Berlin für den Durchgangsverkehr.

Künkel betont aber auch die Zweischneidigkeit der „Logiken der Fürsorge“, weil sie auch einen Antiprostitutionsdiskurs nähren. Deutlich wird das in der medialen Debatte um „Armutspstitution“. Künkel zeigt anschaulich auf, wie sehr sich die unter diesem Schlagwort stattfindende Diskussion von derjenigen um „Armutsmigration“ und prekäre Arbeit von Migranten unterscheidet. Wenn es um die „Armutspstitution“ osteuropäischer Frauen geht, werden kaum je die konkreten sozialen Faktoren benannt, die deren Migration nach Deutschland motivieren (etwa das Lohn- und Wohlstandsgefälle innerhalb der EU) und die für deren prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland verantwortlich sind

(etwa der Ausschluss aus dem deutschen Sozialversicherungssystem, den Künkel im Frankfurt-Kapitel ihrer Studie ausführlich behandelt), sondern stets wird „die Prostitution“ an sich skandalisiert und als alleiniges Problem benannt, dem mit einem Verbot des Gewerbes beizukommen sein soll. Hier zeigt sich erneut das vollständige Fehlen einer gewerkschaftlichen Perspektive auf Prostitution, das daraus resultiert, dass Prostitution nach wie vor gemeinhin nicht als Arbeit begriffen wird.

Im Unterschied dazu werden hochpreisigere und stärker kapitalistisch organisierte Sektoren der Prostitution, die auch als touristischer Anziehungspunkt fungieren – wie vor allem auf der Hamburger Reeperbahn, aber auch auf der Oranienburger Straße in Berlin – von Anwohnern, Gewerbetreibenden und politisch Verantwortlichen kaum in Frage gestellt. Diese sehen das Sexgewerbe vielmehr als Standortfaktor und Quelle von Profit. Für Polizei und Ordnungsbehörden besteht hier außerdem der Vorteil, dass die Ordnung auf dem Strich durch profitierende Dritte, Bordellunternehmer und feste Zuhältergruppen, sichergestellt wird, die auf polizeilichen Druck, etwa mittels (Drohung mit) Razzien, ansprechen und entsprechend „ihre Frauen“ und Kunden dazu anhalten, sich an gewisse Regeln zu halten.

Für St. Pauli stellt Künkel außerdem schön dar, wie sich das einstmals „verruchte“ Vergnügungsviertel inzwischen zu einer familienfreundlichen Ausgehmeile mit Event-Charakter gemausert hat. Die Prostitution wird hier zwar weiterhin als Kulisse und „symbolisches Kapital“ benötigt, das große Geschäft aber inzwischen mit konsensfähigeren Vergnügungen wie Musicals, Sexshops und Stripbars für weiblich-heterosexuelles Publikum gemacht.

Eine zentrale Leerstelle im vielstimmigen Diskurs um Prostitution moniert Künkel immer wieder: Die Beschäftigung mit den konkreten Arbeitsbedingungen. Entweder geht es um Prostitution als lokalen Störfaktor (Stichworte: Lärm, Schmutz, sexuelle Belästigung, die Kinder!), oder um die armen, von Zuhältern ausgebeuteten und gegängelten Frauen, wobei Letzteres fast immer zum Argument gegen die Prostitution an sich gewendet wird. Die Sexarbeitsbewegung widmet sich derweil in erster Linie einem Antidiskriminierungsdiskurs. Die unfruchtbare Debatte zwischen Verteidigern und Gegnern der Prostitution dreht sich um die ebenso abstrakte wie prinzipielle Frage, ob man sie entkriminalisieren oder verbieten sollte, was dazu führt, dass Aspekte wie Arbeitsrechte, Arbeitssicherheit oder die Höhe von Zimmermieten gar nicht erst thematisiert werden. Künkel plädiert offen dafür, in der Debatte (wieder) stärker auf die Möglichkeit von sozialversicherungspflichtigen Anstellungsverhältnissen zu pochen. Dieses Plädoyer, mit dem das Buch abschließt, ist insofern mutig, als sich diese Option ziemlich allgemeiner Unbeliebtheit erfreut. Ordentliche Beschäftigungsverhältnisse sollten in bester sozialdemokratischer Tradition zwar bereits mit dem Prostitutionsgesetz von 2002 befördert werden. Dieses Ansinnen gilt jedoch allgemein als gescheitert, was bei Gegnern der vermeintlich zu starken Entkriminalisierung der Prostitution gerne als Argument für das Scheitern des gesamten Gesetzes herhalten muss.[1] Dass dieser Versuch



weder bei Prostituierten noch bei Bordellbetreibern auf viel Gegenliebe stieß, liegt jedenfalls auch an den insgesamt problematischen gesetzlichen Rahmenbedingungen und nicht nur an der vielbeschworenen Freiheitsliebe und dem Wunsch nach Anonymität der Prostituierten. Angesichts der neoliberalen Realität könnte jedenfalls manchen die Ausbeutung in einer regulären Lohnarbeit doch erstrebenswerter erscheinen als die prekäre Ausbeutung in der Scheinselbständigkeit, wenn es die Möglichkeit dazu gäbe. Das wäre zwar womöglich das Ende der Prostitution als einer Lebenskunst, die die Illusion des schnellen Geldes der sicheren Rente vorzieht, dafür gäbe es endlich Ficken zum Mindestlohn.

Künkels Studie ist – da es sich um eine Dissertation handelt wenig überraschend – zunächst für ein Fachpublikum geschrieben und sicherlich vor allem für soziologische Stadt- und Prostitutionsforscher interessant. Darüber hinaus aber bietet das Buch durch die Fülle des ausgebreiteten Materials interessante Aspekte und einen vertieften Einblick für alle, die sich mit der Prostitution und den Bedingungen, unter denen sie in der Gegenwart ausgeübt wird, beschäftigen – sofern sie gewillt sind, sich ins Detail zu begeben. Künkels Verdienst ist unbedingt ihr Bemühen um Sachlichkeit sowie ihre materialreich und materialistisch unterfütterte Kritik an den öffentlich ausgetragenen, oft grotesk verzerrenden Debatten um die Prostitution. Die ermüdend dämlichen Skandalisierungsbemühungen der abolitionistischen Prostitutionsgegner werden dabei eher beiläufig zurückgewiesen. Zugutezuhalten ist Künkel vor allem, dass sie auch mit Kritik an der Seite der Befürworter einer „Anerkennung“ der Sexarbeit nicht spart. Dies könnte vielleicht sogar die Debatte voranbringen, sofern es zur Kenntnis genommen wird. Ihr Plädoyer, eine stärker gewerkschaftliche – oder sagen wir: arbeitskämpferische – Perspektive einzunehmen und sich auf die konkreten Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu besinnen, ist unzweifelhaft vernünftig. Ob ihr Vorschlag, für Festanstellungen einzutreten, sinnvoll ist, darüber lohnt sich jedenfalls weit eher zu streiten als über die Frage, ob Prostitution „an sich“ menschenverachtend oder emanzipativ sei. Nicht außer Acht zu lassen ist bei dieser Frage jedoch die Ambivalenz der angestellten Lohnarbeit, die zwar (im Idealfall) bessere Absicherung bringt, aber auch Freiheiten nimmt. Die Prostitution ist nicht nur aufgrund von Diskriminierung und Stigmatisierung von außen ein Gegenmodell zur Arbeit (gewesen), sondern auch, weil sich in ihr Wünsche nach einem anderen Leben artikulieren – selbst wenn diese kaum je erfüllt werden. Auch ist die gegenwärtige Entwicklung, die vielleicht mit dem Begriff Neoliberalismus gar nicht mehr adäquat erfasst ist, nicht ganz so eindeutig: Zwar gibt es die unbestreitbare Tendenz zur Prekarisierung der Arbeit, zur Auslagerung des unternehmerischen Risikos an die Arbeiter und allgemein zum Abbau von gewerkschaftlich erkämpften Rechten, also zu Deregulierung, Subjektivierung und Entformalisierung von Arbeit, andererseits ist aber auch eine von staatlichen und (finanz-)kapitalistischen Akteuren gleichermaßen vorangetriebene Entwicklung zu stärkerer Formalisierung, Bürokratisierung, Überwachung und Gängelung von Leben und Arbeit zu beobachten. Dies zeigt sich etwa in der (gegenwärtig aus Anlass eines Virus' noch einmal verstärkten) Forcierung von Digitalisierungsprozessen, in Überlegungen zur Abschaffung des Bargelds oder in

der stetigen Erweiterung behördlicher Überwachungsbefugnisse zur Bekämpfung von „Schwarzarbeit“ und „Geldwäsche“. Mit Forderungen nach stärkerer staatlicher Regulierung sollte man also vorsichtig sein; letzte Freiheiten, die sich aus Lücken im System ergeben, könnten schneller verschwinden, als einem lieb ist.

---

### Fußnoten

[1] Eine beliebte argumentative Verdrehung geht folgendermaßen: Das Gesetz, das die soziale Absicherung von Prostituierten zum Ziel gehabt habe, sei gescheitert, weil bundesweit nur eine Handvoll Prostituierte - im zweistelligen Bereich - bei der Sozialversicherung gemeldet sei. Diese Argumentation wird in der Presse seit Jahren wiedergekaut, beispielhaft: Barbara Schmid, Olgas Buchführung, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-124188068.html> (03.11.2020) und RedaktionsNetzwerk Deutschland / Evangelischer Pressedienst, Gesetze greifen nicht: Nur wenige Prostituierte bei Sozialversicherungen gemeldet, <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Gesetze-greifen-nicht-Nur-wenige-Prostituierte-bei-Sozialversicherungen-gemeldet> (03.11.2020). Mit dieser Behauptung wird die Tatsache, dass Prostituierte fast ausschließlich selbständig tätig sind und die soziale Absicherung von Selbständigen in Deutschland allgemein zu wünschen übrig lässt, bewusst geleugnet und zu Ungunsten des Sexgewerbes ausgelegt, um damit die Forderung nach repressiven Gesetze zu legitimieren. Dabei wird außerdem meist nicht differenziert nach Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung. Zudem ist die Behauptung falsch, denn ein Großteil der Prostituierten ist nicht unter der Berufsbezeichnung „Prostituierte“ gemeldet, sondern unter zahlreichen anderen Tätigkeitsbezeichnungen. Viele dürften auch weitere Jobs haben, über die sie versichert sind. Verlässliche Zahlen dazu gibt es nicht. Schließlich wird damit unterschlagen, dass das Gesetz trotz seines Versagens bei der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse durchaus Verbesserungen ermöglicht hat, vor allem indem es den Straftatbestand der „Förderung der Prostitution“ abschaffte und somit die Einrichtung von Arbeitsplätzen erlaubte, die jedenfalls ein Minimum an Annehmlichkeiten bieten (dies war zuvor als „Förderung der Prostitution“ verboten) und indem es einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch auf Bezahlung der erbrachten Leistung gegenüber Kunden festschrieb (dies war zuvor nicht der Fall, da der Vertrag als „sittenwidrig“ galt).